

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Kathi Petersen

Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Thomas Gehring

Abg. Karl Freller

Abg. Susann Biedefeld

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Staatssekretär Georg Eisenreich

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Mobilisierung der Demokratie: Politische Bildung stärken!"

In der Aktuellen Stunde dürfen einzelne Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen und Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen oder einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Ich eröffne nun die Aussprache. – Erste Rednerin ist die Kollegin Petersen.

Kathi Petersen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Thema unserer heutigen Aktuellen Stunde "Mobilisierung der Demokratie: Politische Bildung stärken" ist hoch aktuell. Das ist Tatsache und kein "alternativer Fakt", wie neuerdings Lügen verbrämt werden. Natürlich ist der Bayerische Landtag nicht für die politische Bildung des amerikanischen Präsidenten zuständig, und der Women's March zeigt, dass viele Menschen in den USA verstanden haben, dass sie die Demokratie mobilisieren müssen.

Aber wir brauchen gar nicht auf andere Länder zu schauen. Politische Entwicklungen bei uns geben hinreichend Grund zur Sorge um unsere Demokratie. Wenn der Landesvorsitzende einer sich selbst als demokratisch bezeichnenden Partei von einer "dämlichen Bewältigungspolitik" spricht, das Berliner Mahnmal für die Opfer des Holocaust als "Denkmal der Schande" bezeichnet und eine "erinnerungspolitische Wende um 180 Grad" fordert, stellt sich nicht nur die Frage, ob hier der Tatbestand der Volksverhetzung vorliegt – das werden die Gerichte entscheiden –, sondern wir müssen uns auch fragen, warum solche neonazistischen Äußerungen auf seine Partei und ihre

Wähler nicht abschreckend wirken und wie wir der offensichtlichen Anziehungskraft von Rechtspopulisten entgegentreten können.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen belastet weniger fehlende Sicherheit als eine tiefe Verunsicherung. Wegen der Globalisierung erscheinen vielen Menschen bei uns die Welt und das eigene Land als Teil davon komplex und unüberschaubar. Sie fühlen sich dieser Entwicklung gegenüber ohnmächtig und suchen ihr Heil bei Ideologen, die ihnen vorgaukeln, man könne die Welt draußen lassen und sich ihr gegenüber abschotten und dann herrsche wieder Ruhe im Land. Solche ebenso dummen wie gefährlichen Parolen lassen sich zwar mit vernünftigen Argumenten leicht entkräften – und das zu tun, ist notwendig –; aber es ist ein langer Prozess, bis aus der Verunsicherung Vertrauen in unsere Demokratie erwächst.

Dabei ist vor allem die politische Bildung gefordert. Sie beginnt in der Schule. In Artikel 131 der Bayerischen Verfassung heißt es: "Die Schüler sind im Geiste der Demokratie ... zu erziehen." Wenn man sich anschaut, wie sich dieses hehre Ziel in den Stundentafeln niederschlägt, kommt man leicht ins Grübeln. Das Fach Sozialkunde wird an den Gymnasien in den Stufen 10 bis 12 mit einer Stunde in der Woche unterrichtet, an den Realschulen sogar nur in der 10. Klasse, ebenfalls mit einer Stunde. Auch an Berufsschulen und Berufsfachschulen wird eine Wochenstunde in jeder Jahrgangsstufe für ausreichend erachtet. Gar kein eigenes Fach Sozialkunde gibt es an den Mittelschulen; dort wird Sozialkunde gemeinsam mit Geschichte und Erdkunde unterrichtet. Die Zeit reicht an keiner dieser Schularten, um aktuelle politische Themen zu diskutieren und mehr als Grundkenntnisse über die demokratischen Strukturen der Bundesrepublik zu erlangen.

Dabei wollen wir doch die Schüler auf das Leben vorbereiten und zu mündigen und kritikfähigen Bürgern erziehen. Gelingt uns das so? – In den letzten Jahren wurde verstärkt Wert auf die sogenannten MINT-Fächer gelegt, um die Schüler für zukunfts-

trächtige Berufe fit zu machen. Das ist nicht falsch, genügt aber nicht. Insofern stimmt es nachdenklich, wenn es im aktuellen LehrplanPLUS heißt:

Die Schülerinnen und Schüler achten und schätzen den Wert der Freiheit und der Grundrechte. Auf der Grundlage einer altersgemäßen Fähigkeit und Bereitschaft zur Teilhabe am politischen Prozess tragen sie zu einer positiven wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Gesellschaft und zum Erhalt des Friedens bei.

Müsste uns nicht die soziale Entwicklung wichtiger sein als die wirtschaftliche? Dann müssten wir aber der politischen Bildung an den Schulen einen höheren Stellenwert einräumen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Es genügt nicht, dass motivierte Lehrerinnen und Lehrer zusätzliche Projekte wie "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" durchführen oder KZ-Gedenkstätten besuchen. Dies setzt freiwilliges Engagement von Schülern und Lehrern außerhalb des Unterrichts voraus, was zwar Anerkennung verdient, aber nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet werden darf.

Wir halten es für notwendig, dass Demokratieerziehung durch Erfahrung verstärkt wird. Schülerinnen und Schüler müssen an Entscheidungsprozessen in der Schule beteiligt werden; allein die Wahl eines Klassensprechers reicht hier nicht. Im Erziehungs- und Unterrichtsgesetz müssen deshalb die Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgeweitet werden.

Zudem ist die politische Bildung für alle Studierenden in der Lehrerbildung zu verankern. Das geschieht derzeit zu wenig. Politische Bildung muss auch stärker ein Thema bei der Weiterbildung von Lehrkräften sein, und zwar mit dem Ziel, dass sich nicht nur Sozialkunde- oder Geschichtslehrer, sondern alle Lehrer für die Vermittlung politischer Bildung im Rahmen ihres Unterrichtsfachs verantwortlich fühlen.

Es braucht Zeit, um Demokratie an den Schulen zu erleben. Aktuelle Ereignisse müssen in den Schulalltag einbezogen werden. Es genügt nicht, nur auf vergangene Zeiten zu rekurrieren. Das Fach Sozialkunde muss zudem an allen Schularten gestärkt werden. Es braucht mehr und fächerübergreifende sowie jahrgangsgemischte Projekte zur Stärkung von Demokratieerziehung an allen Schulen. Lernen, auch in Bezug auf politische Bildung, endet nicht mit dem Schul-, Studien- oder Berufsabschluss. In der Erwachsenenbildung muss deshalb das Thema "Verständnis der und für die Demokratie" eine deutlich größere Rolle spielen. Dazu braucht es Geld, eine bessere institutionelle Förderung der Bildungsträger und Zeit.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert schon lange – bisher leider vergeblich – ein Bildungsfreistellungsgesetz für Bayern. In fast allen Bundesländern haben Erwerbstätige Anspruch auf Bildungsurlaub, den sie für Seminare zu allgemeinbildenden Themen nutzen können. Wir dürfen den Menschen in Bayern diese Möglichkeit nicht länger vorenthalten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mobilisieren wir die Demokratie und die Demokraten, damit sie politischen Demagogen nicht auf den Leim gehen und sich nicht Lügen als "alternative Fakten" andrehen lassen!

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Eiling-Hütig.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In fast auf den Tag genau vier Monaten, am 27. Mai, jährt sich zum 60. Mal der Jahrestag einer Sternstunde im Bayerischen Landtag. In der Präambel des an diesem Tag, am 27. Mai 1957, beschlossenen Gesetzes heißt es – ich zitiere –:

Der Bestand und die Zukunft des demokratischen Staates und der von ihm gewährleisteten Freiheit hängen von der rechten Einschätzung seiner Werte durch die Staatsbürger und ihrem Willen, sie zu behaupten, ab.

Dem Staat erwächst daher die Pflicht, alle Maßnahmen zu unterstützen und zu ergreifen, die der Pflege der politischen Bildung dienen. Zu diesem Zweck wird eine Akademie für Politische Bildung errichtet.

Diese Akademie für Politische Bildung, die, wie Sie wissen, ihren Sitz in Tutzing hat, hat sich seit ihrer Gründung in vielfältiger Art und Weise um die politische Bildung sehr verdient gemacht. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Ehemaligen, den Aktiven sowie der Leiterin Frau Prof. Münch sehr herzlich für ihre Arbeit danken.

(Allgemeiner Beifall)

In Tutzing fanden und finden Tagungen mit hochkarätigen Politikern und Experten statt. Die Akademie richtet sich mit ihren zahlreichen Angeboten zur politischen Bildung aber auch an alle Bürgerinnen und Bürger sowie – was ich besonders begrüße – seit geraumer Zeit auch an Schüler.

So richten sich etwa die "Tutzingener Schülerforen" an Schulklassen verschiedener Schultypen. Die Schüler können politische Themen und Konflikte in flexiblen Projekten und Planspielen erarbeiten und vor allem auch erleben, entweder an der Akademie vor Ort oder an den Schulen selbst.

Wie Sie wissen, ist die politische Bildung an unseren Schulen insgesamt ein wesentlicher Bestandteil. Dabei ist sie nicht nur Bestandteil des Lehrplans in Geschichte und Sozialkunde, sondern wird auch in vielen anderen Fächern intensiv behandelt. Außerdem – wir haben schon oft darüber gesprochen – finden an den Schulen viele Projekte zur Prävention gegen Extremismus und Intoleranz statt, wie: "Werte machen stark", "PIT – Prävention im Team" oder "Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage".

Wie Sie ebenfalls wissen, gibt es mittlerweile rund 400 bayerische Schulen, die bereits den Titel "Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage" verliehen bekommen haben. Das zeigt, wie erfolgreich allein dieses Projekt ist. Denken Sie auch an die Arbeit in den Schulen, zum Beispiel an die P-Seminare, bei denen es um Projekte mit sozialem Engagement geht. Ein Beispiel aus Starnberg: Dort wird ein P-Seminar das Thema "Kinderschutzbund" aufgreifen und die Arbeit des Kinderschutzbundes unterstützen. Auf diese Weise wird soziales Engagement vor Ort gefördert. Denken Sie auch an die Tutoren in den verschiedenen Schularten; sie sind ebenfalls ein ganz wichtiger Bestandteil. Auch die Jugendsozialarbeit an den Schulen leistet einen wichtigen Beitrag zur Prävention gegen Extremismus und Intoleranz und damit zur Stärkung unserer Demokratie.

Darüber hinaus unterstützt das fächer- und schulübergreifende Gesamtkonzept zur politischen Bildung den Fachunterricht sowie die politische Bildung an den Schulen insgesamt. Derzeit wird dieses Konzept am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung neu gefasst. Politische Bildung an Schulen funktioniert auch noch in vielen anderen Bereichen; ich kann sie jetzt nicht alle erwähnen. Denken Sie aber beispielsweise an die Planspiele vor Ort, an denen auch wir als Abgeordnete sehr häufig teilnehmen.

Sicherlich wird es auch in Zukunft sehr wichtig sein, politische Bildung in den Schulen zu behandeln und zu vermitteln. Wir müssen uns ab sofort bei der Vermittlung von politischer Bildung mit Sicherheit noch wesentlich stärker auf das mediale Konsumverhalten unserer Kinder und Jugendlichen konzentrieren. Eine Studie der Universität Bonn hat bereits im Jahr 2015 ergeben, dass ein deutscher Jugendlicher alle sieben Minuten auf sein Smartphone schaut, es checkt. Da dieses Ergebnis aus dem Jahr 2015 stammt, nehme ich an, dass sich dieser Takt im Jahr 2017 noch beschleunigt hat; ich gehe mal von einem Check alle fünf Minuten aus.

Das ist für die Jugendlichen ein unverzichtbarer und heißgeliebter Teil ihres Alltags, über den sie – egal in welche Richtung, aber sicherlich auch politisch – stark geprägt

und beeinflusst werden können und werden. Wir haben gerade erst im US-Präsidentenwahlkampf staunend miterlebt, wie es ein narzisstischer Populist geschafft hat, via Twitter mit einem Mix aus simplen Botschaften, Häme, Lügen und Hass – auch gegenüber demokratischen Institutionen – die Wahl zu gewinnen.

Ich bin deshalb davon überzeugt, dass es für die Mobilisierung der Demokratie in unserem Land ganz entscheidend sein wird, ob es der politischen Bildung und damit auch den demokratischen Parteien gelingen wird, darauf die richtigen Antworten zu finden; denn dass gerade junge Menschen für solche Botschaften sehr empfänglich sind – leider allzu oft –, hat nicht nur die deutsche Geschichte gezeigt.

Über die Frage, wie wir genau das schaffen können, sollten wir gerade hier im Bayerischen Landtag eine ernsthafte Debatte führen. Wenn es um die Mobilisierung der Demokratie geht, sind gerade wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier gefordert. So war – das muss ich an dieser Stelle leider anführen – die wichtige Debatte über das neue Bayerische Integrationsgesetz hier im Plenum meines Erachtens alles andere als eine ernsthafte Debatte.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Das war eine Lehrstunde der Demokratie!)

Der Stil und die Wortwahl, mit der SPD und GRÜNE dabei ihre Ziele verfolgt haben, wären bei den Tutzingen Schülerforen sicher so nicht durchgegangen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Manieren der CSU-Fraktion auf keinen Fall! Falsche Beispiele! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich stehen wir als Abgeordnete im Fokus der Öffentlichkeit und sollten uns gerade bei so wichtigen Debatten daran erinnern, dass wir im Rahmen aller Bemühungen für politische Bildung auch eine Vorbildfunktion haben, ob wir es wollen oder nicht. Mittlerweile gibt es auch in unserem Land viele, die die Demokratie auch durch Atta-

cken gegen demokratisch gewählte Politiker bekämpfen wollen; das sollte jeder und jedem, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr bewusst sein.

Der Athener Staatsmann Perikles hat vor circa 2.500 Jahren gesagt:

Wer an den Dingen der Stadt keinen Anteil nimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger.

Heute versuchen viele Antidemokraten, den Menschen weiszumachen, dass diejenigen, die an den Problemen ihrer Gemeinde, ihrer Stadt oder ihres Landkreises Anteil nehmen, per se schlechte Bürger seien. Dem müssen wir als gewählte Abgeordnete entschieden entgegenreten.

(Beifall bei der CSU, der SPD und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Das beginnt beim respektvollen Umgang in diesem Hohen Haus; denn auch das gehört zum Einmaleins der politischen Bildung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der scheidende Bundespräsident Joachim Gauck hat am 20. Januar in seiner Festrede zum 50. Jahrestag der Hanns-Seidel-Stiftung, die sich hier bei uns in Bayern bekanntermaßen engagiert für die politische Bildung einsetzt – in diesem Zusammenhang eine Gratulation und ein Dank der Vorsitzenden Frau Prof. Ursula Männle –, gesagt – ich zitiere –:

Politisches Engagement, Zivilcourage und Toleranz müssen auch in Zukunft vermittelt werden. Das ist kein dramatischer Appell, sondern demokratisches Alltagsgeschäft, denn das Verständnis für Demokratie muss in jeder Generation neu erworben werden. Demokratie ist nicht, sie wird. Dazu beizutragen, ist unser aller Aufgabe.

Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere Schulen hierbei eine hervorragende Arbeit leisten; denken Sie auch an die Schülermitverwaltung. Weil aber, wie Bundespräsident

Gauck richtig gesagt hat, Demokratie in jeder Generation neu erworben werden muss, müssen wir die politische Bildung in Zukunft auch und in besonderer Weise auf das mediale Konsumverhalten unserer Kinder und Jugendlichen ausrichten. Politische Bildung ist nicht nur eine große, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Eiling-Hütig, danke schön für das Lob an die Akademie für Politische Bildung. Ich nehme das als Ehemaliger gern entgegen, möchte es aber erweitern, nachdem ich vorhin Herrn Rosenthal gesehen habe. Er war an der Akademie Frankenwarte auch für politische Bildung tätig und aktiv. An dieser Stelle darf ich die politischen Stiftungen nennen und in diesem Zusammenhang der Hanns-Seidel-Stiftung zum 50. Jubiläum gratulieren. Auch das ist Arbeit für die politische Bildung, wie bei allen politischen Stiftungen.

Zu dem Thema, das heute die Aktuelle Stunde prägt, fällt mir eine Geschichte ein, die ich neulich von einer Journalistin gehört habe, die der Pegida-Bewegung hinterhergerichtet hat und in Dresden eine junge Frau gefragt hat: Was tun Sie denn hier, warum sind Sie hier und machen bei Pegida mit? Darauf sagte sie: Ich mache hier mit, weil es in Dresden mehr Moscheen als Kirchen gibt und das stört mich. Darauf sagte die Journalistin: Das stimmt nicht; in Dresden gibt es circa drei oder vier Moscheen und über 100 Kirchen. Darauf antwortete die junge Frau: Das sehe ich anders.

(Heiterkeit bei der SPD)

Nicht: Das ist anders, sondern: Das sehe ich anders. – Das ist das, was wir heute mit "postfaktischer Gesellschaft" meinen. Es geht um das Bauchgefühl, es geht um eine Stimmung, aber nicht mehr um Fakten. Es geht nicht mehr um Rationalität. Rationali-

tät ist genau der Begriff, den der frühere Direktor der Akademie für Politische Bildung Hättich geprägt hat, der sagte, das sei eigentlich das Zentrum politischer Bildung, Menschen auch zur Rationalität zu führen. Die Frage ist aber in der heutigen Zeit, ob das reicht, ob es als Einsatz genügt, ob Rationalität nicht an einer Stelle ansetzt, an der man manchen schon gar nicht mehr abholen kann.

Ich stimme den Vorrednern völlig zu: Wir müssen mehr für die Schule tun, mehr Sozialkundeunterricht erteilen. Dort wird viel Gutes getan, Frau Eiling-Hütig. Auf der anderen Seite müssen wir uns aber schon die Frage stellen: Wenn alles so gut ist, warum gibt es dann immer mehr Menschen, die sich von der Politik abwenden, die es nicht mehr interessiert und die nur noch auf Gefühl und vielleicht auf Populisten hören? Insofern, glaube ich, gibt es schon Nachholbedarf, sowohl im Sozialkundeunterricht als auch in der Erwachsenenbildung. Ich stimme zu: Dafür brauchen wir mehr Geld, sicherlich auch an den Hochschulen. Auch die Demokratieerziehung an den Hochschulen ist ein wichtiges Thema.

Ich möchte den Fokus aber auch auf zwei andere Dinge lenken, die zum Teil bereits angesprochen wurden: zum einen auf die direkte Demokratie. Ich bin ein großer Verfechter der direkten Demokratie, und ich denke, es ist sehr wichtig, dass man direkte Demokratie von Beginn an einübt – in der Schule bei der Schülermitverwaltung, an den Hochschulen in einer Verfassten Studierendenschaft, aber auch im späteren Leben, wenn man sich vielleicht in der Kommunalpolitik oder woanders engagiert und viele Mittel der direkten Demokratie wie Bürger- und Volksbegehren nutzt. Deshalb plädieren wir als FREIE WÄHLER ganz stark dafür, diese Mittel auch auf der Bundesebene einzusetzen und zum Beispiel auch den Bundespräsidenten direkt zu wählen, damit wir in Debatten hineinkommen. Dabei mag es manchmal die Gefahr politischer Auseinandersetzung geben, aber es ist trotzdem sinnvoll, dies durchzusetzen, damit die Bürger darüber diskutieren und man sich austauscht.

Was mir sehr wichtig ist – das kann ich, wenn auch vielleicht mit einer anderen Konnotation als meine Vorrednerin anschließen –, ist unsere eigene Sprache. Natürlich müs-

sen wir in der Politik auch mal zuspitzen. Vielleicht überschreitet man auch mal Grenzen. Aber ich bin auch der Auffassung, dass wir – im Gegensatz zu anderen Berufen – den Nachteil haben, gegen- und übereinander schlecht zu reden. Das ist ein Problem, und ich zitiere dazu Herrn Markwort, der es anlässlich des Deutschen Rednerpreises 2016 folgendermaßen ausgedrückt hat:

Das ist mein großer Vorwurf an viele Parteidebattierer ... Ich meine die permanente gegenseitige Herabwürdigung der Parteien ... Wenn Vertreter aller Parteien so mies über Parteien reden, wird nicht eine Partei herabgewürdigt, sondern alle. Immer mehr Wählern und erst recht Nichtwählern wird der Eindruck vermittelt, dass Parteien mies sind, damit auch der Parlamentarismus und die Demokratie.

Das muss man sich zu Herzen nehmen. Das heißt nicht, dass wir keine scharfen Debatten führen sollen, aber die Sprache ist, glaube ich, für die Demokratie und für die politische Bildung mindestens genauso wichtig wie die Rationalität.

(Zuruf von der CSU: Selber daran halten!)

– Selber daran halten, auch das.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte zum Ende kommen, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Selbstverständlich, ich habe nur den Zwischenruf noch aufgenommen. Selbstverständlich gilt das für alle von uns.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Mütter und Väter der Bayerischen Verfassung wussten, was sie taten, als sie nach der Weimarer Republik, einer Demokratie ohne Demokraten, und dem Nazi-Regime, das

die Demokratie weggewischt und die Demokraten in die KZs gesteckt hat, in Artikel 131 Absatz 3 der Bayerischen Verfassung geschrieben haben:

Die Schüler sind im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Liebe zur bayerischen Heimat heißt auch: Liebe zur Bayerischen Verfassung. Wenn man sich jedoch die Realität der politischen Bildung an Bayerns Schulen anschaut, muss man sagen: Die Liebe der Bayerischen Staatsregierung zur Bayerischen Verfassung war nicht sehr groß; denn politische Bildung genießt zwar Verfassungsrang, hat aber in der Schule nur eine randständige Bedeutung.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Da ist es schon gut, sich noch einmal das Fach Sozialkunde anzuschauen; denn in Bayern hinkt die Wahrheitsfindung hinterher, wie ein Blick auf den Stundenplan und die Stundentafel zeigt. Wenn wir uns zum Beispiel die Realschule anschauen: in den Klassen 5, 6, 7, 8 und 9: null Stunden, in der 10. Klasse – immerhin Abschlussklasse –: zwei Stunden. An den Gymnasien – zumindest an den Gymnasien, die die meisten Schüler besuchen –, sind es in den Klassen 5 bis 9 null Stunden und in der 10. Klasse eine Stunde. In der Oberstufe am Gymnasium, also in der 11. und 12. Klasse, ist es auch eine Stunde. Wir sprechen hier von jungen Leuten, die Wählerinnen und Wähler sind oder demnächst zum ersten Mal wählen. Politische Bildung nimmt einen randständigen Rang in Bayern ein. Das ist schwach und zeugt von keiner großen Liebe zur Bayerischen Verfassung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat dahin gehend ein deutliches Signal gesetzt und in einer Studie festgestellt, dass Bayern im Bereich der politischen Bildung entweder den vorletzten oder den letzten Platz im Ländervergleich belegt. Klar ist aber auch: Politi-

sche Bildung ist nicht nur eine Frage des Fachs, sondern muss auch ein für alle Unterrichtsfächer geltendes Prinzip sein – so steht es im Lehrplan. Schauen wir uns die Realität an, stellen wir jedoch fest, dass dafür oft keine Zeit vorhanden ist. Zu viel Stoff muss durchgenommen, Prüfungen müssen geschrieben werden. Letztendlich müssen wir feststellen: Politische Bildung als fachübergreifendes Prinzip ist oft dem Zufall überlassen und hängt stark davon ab, ob eine Lehrkraft in der Lage ist, politische Bildung zu vermitteln. So sieht keine gute, regelmäßige politische Bildung aus, die wir in Bayern insgesamt brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tatsächlich hängt viel von den Lehrkräften ab, die diese Qualifikation in ihrem Studium nicht erwerben konnten. Ich habe die Tage eine Mail von einer Referendarin bekommen, die geschrieben hat, es sei erschreckend zu sehen, wie wenig viele Lehramtsstudenten über Politik wissen und wie wenig sie informiert sind.

(Zuruf von der CSU: Lehrer auch!)

– Lehrer auch. – Tatsächlich ist es eine wichtige Aufgabe, politische Bildung fachübergreifend zu vermitteln, vermeintlich dumme oder provokative Schülerbemerkungen aufzugreifen und damit politischen Unterricht zu gestalten. Deswegen brauchen wir eine Verankerung der politischen Bildung in der Lehrerbildung und -fortbildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings nicht, wie wir dann immer hören, nach dem Motto "Haben wir schon; machen wir schon", weil es in einer Lehramtsprüfungsordnung hinter irgendeinem Spiegelstrich steht. Nein, wir müssen das als Angebot gestalten, als verpflichtende Seminare, die von guten Professorinnen und Professoren betreut werden müssen. Das muss ordentlich gemacht werden, was heute an bayerischen Hochschulen und in der bayerischen Lehrerbildung nicht der Fall ist.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte: Demokrat wird man nicht durch Lesen und Zuhören, sondern Demokrat wird man vor allem durch Taten. Man muss Demokratie persönlich erfahren und erleben, und dazu muss die Schule den Raum bieten.

Kürzlich hat eine Schülerin gesagt: Schule ist oft noch eine demokratiefreie Zone. Man kann kein Demokrat werden, wenn man in eine solche Schule geht. In der Schule muss man also erleben, was es heißt mitzuentcheiden. Dazu muss man auch entscheiden können; dazu muss man auch einmal für Mehrheiten kämpfen; dazu muss man argumentieren; dazu muss man auch einmal eine Abstimmung verlieren und dennoch dazu stehen. – Schule muss in einen Ort der demokratischen Erfahrung umgewandelt werden. Wir brauchen eine demokratische Schule, sonst haben wir keine Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kollegen haben es angesprochen: Wenn wir uns die heutigen Zeitabläufe anschauen, dann wissen wir: Politische Bildung ist nicht nur ein Thema in der Erwachsenenbildung.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr.

Thomas Gehring (GRÜNE): – Ich komme zum Schluss. – Deswegen werden wir uns um die Erwachsenenbildung kümmern müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt keinen Anlass zur Zufriedenheit beim Thema politische Bildung; wir müssen da deutlich mehr tun. Es geht um unsere Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Freller.

Karl Freller (CSU): Frau Vizepräsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ein eindeutiges Ja von meiner Seite zur politischen Bildung. Ich stimme dem zu,

was Vorredner aller Parteien gesagt haben: Es ist wichtig, dass wir uns darauf konzentrieren, auch der nächsten Generation den Wert von Demokratie nahezubringen und die jungen Menschen vor allem auch zu motivieren, für diese Demokratie einzutreten.

Vorhin wurde die Akademie für Politische Bildung gelobt. Ich möchte ausdrücklich auch der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ein Lob aussprechen. Ob Dr. Rupp, Dr. März oder Dr. Parigger – sie alle leisten sehr gute Arbeit. Ich kenne den Wunsch nach mehr Personal – man hat auch Verständnis dafür –, aber es ist wirklich viel, was dort getan wird, und es ist wichtig, dass auf allen Ebenen geholfen wird.

Gestatten Sie mir in der Kürze der Zeit, ganz besonders in der Woche des 27. Januar, den Aspekt der politischen Bildung aufzugreifen. Zur politischen Bildung gehört für mich auch geschichtliches Wissen; denn wer die Vergangenheit nicht kennt, wiederholt ihre Fehler. Wir in Europa müssen aufpassen, dass nicht wieder aufwächst, was nie wieder aufwachsen darf. Wir müssen uns mit allen Mitteln einer rechtsstaatlichen Demokratie dagegen wehren, dass sich Extremisten in unserem Lande und in ganz Europa wieder breitmachen oder gar in Parlamente einziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer das Denkmal für die sechs Millionen ermordeten Juden in Berlin als Schande bezeichnet, ist für mich ein Rechtsradikaler und hat aus der Geschichte nichts, aber auch gar nichts gelernt!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wenn sich seine Partei nicht sofort von ihm trennt, dann wird überdeutlich sichtbar, welche Gefahr von dieser Partei für unsere Demokratie ausgeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch der Linksextremismus verbreitet sich. Mir kommt die Galle hoch, wenn ich heute lesen muss, dass in der Nacht zum Sonntag 15 vermummte Linksradikale in Berlin Polizisten mit Pflastersteinen angegriffen

und fünf Streifenwagen zertrümmert haben. Mir tun unsere Polizisten leid, die für unsere Demokratie ihren Kopf hinhalten. Auch das sei erwähnt.

Was den religiösen Extremismus – die dritte große Bedrohung – angeht, so gilt, was die CSU von Anfang an gesagt hat: Wer beabsichtigt, unser Land durch Gewalt und Anschläge zu verändern, muss mit aller Härte, die eine Demokratie zulässt, daran gehindert werden und hat in diesem Land nichts zu suchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Extremisten lassen nur ihre Meinung gelten, missachten demokratische Regeln, wenden oft Gewalt gegenüber Andersdenkenden an und zerstören das Miteinander der Menschen. Extremisten haben im letzten Jahrhundert die größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte begangen; ihr Aufkeimen ist eine Bedrohung für das neue Jahrhundert, das relativ friedlich begann, aber dessen Verlauf mir Sorge bereitet. Daher sind politische Bildung und die Erziehung zu demokratischem Denken von fundamentaler Bedeutung für unsere Demokratie. 71 Jahre Frieden sind alles andere als selbstverständlich. Deswegen halten wir auf allen Ebenen zusammen.

Schule kann nicht kompensieren, was schon das Elternhaus leisten muss, nämlich überhaupt ein Interesse an Politik zu wecken. Wenn die Gesellschaft als Ganzes nicht erkennt, wie wichtig es ist, die Demokratie zu verteidigen, zu schützen und sich für sie auszusprechen und zur Wahl zu gehen, dann sägt sie an dem Ast, auf dem sie sitzt.

In den nächsten fünf Jahren stehen uns fünf große Wahlen bevor. Ich kann nur hoffen, dass die Menschen begreifen: Wer nicht zur Wahl geht, sagt Nein zur Demokratie. – Wir haben demokratische Parteien mit großer Tradition. Ich sage ganz bewusst über die eigene Partei hinaus: Mir ist es lieber und tausendmal wichtiger, jemand geht zur Wahl und wählt eine demokratische Partei, als dass er keinen Gebrauch von seinem Wahlrecht macht und – bei einer Wahlbeteiligung von 50 % – damit die Zahl der Extremisten in den Parlamenten verdoppelt oder sie überhaupt erst dort hineinbringt.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss uns die Sorge um die Demokratie und ihre Zukunft einen und müssen wir uns gemeinsam darum bemühen, dass alle, die diese Demokratie angreifen, auch zurückgewiesen werden.

Das war der Aspekt zum Thema politische Bildung, der mir heute wichtig war. Wir wünschen uns politische Bildung. Auf der einen Seite ist sie ohne Zweifel eine Bringschuld des Staates, auf der anderen Seite ist sie eine Holschuld des Einzelnen, wenn er die Errungenschaften der Demokratie genießen und in Wohlstand und Freiheit leben will.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Friedrich Ebert hat gesagt: "Demokratie braucht Demokraten." Das ist auch ein Leitsatz der politischen Bildung. Demokratinnen und Demokraten fallen nicht vom Himmel, sondern es bedarf einer Demokratieerziehung, die möglichst früh ansetzt: bei den Jüngsten, den Schülerinnen und Schülern, bei jungen Menschen, aber auch nach der Schulzeit.

Ich freue mich – auch in Anbetracht der Aktualität – sehr über das einmütige Votum, das hier im Hohen Hause herrscht, nämlich zu sagen: Wir sind gefordert. – Wie wichtig ist politische Bildung? Kollege Freller sagt: fundamental wichtig. Da kann ich nur zustimmen. Aber wir dürfen es nicht bei den Worten, die hier im Saal fallen, belassen. Ich bitte wirklich, das Thema politische Bildung, das meiner Meinung nach zu lange vernachlässigt worden ist, ernsthaft anzugehen. Jetzt sind wir gefordert, und zwar nicht nur als Demokratinnen und Demokraten, sondern uns kommt hier gerade als Parlamentarierinnen und Parlamentarier eine sehr hohe Verantwortung zu. Tun wir genug? – Das gilt nicht nur in Bezug auf CSU, SPD, FREIE WÄHLER und GRÜNE, sondern wir Demokraten müssen uns fragen: Tun wir auch als Parlamentarier über die Fraktionsgrenzen hinweg genug für die politische Bildung in unserem Land? Tun wir genug,

um diesen Entwicklungen zu begegnen, den Stichworten von 2016: Rechtspopulismus, Migrationsdebatte, Radikalisierung der Politik im gesellschaftlichen Diskurs, Lügenpresse, Agitation etc.?

Es darf jetzt nicht bei den Worten im Rahmen der Aktuellen Stunde bleiben, sondern wir sind als Demokratinnen und Demokraten über Parteigrenzen hinweg gefordert, uns dieses Themas ernsthaft anzunehmen. Und auch wir sagen: Danke schön an alle, die in diesem Bereich tätig sind. Auch wir als SPD-Landtagsfraktion sagen der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, der Akademie für Politische Bildung, aber auch allen parteinahen Stiftungen und darüber hinaus Dank, die hier arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Wir zucken dann oft zurück und sagen: Parteinahen Stiftungen dürfen wir nicht mehr Geld geben. Das ist Selbstbedienung. – Zu einer Demokratie gehören aber Parteien. In Parteien findet ganz viel politische Bildung statt, auch Demokratieerziehung von jungen Menschen. Wir dürfen nicht zurückschrecken, darüber ohne Tabu zu diskutieren. Wichtig ist, dass wir ernsthaft mit Taten die Rahmenbedingungen für all diejenigen in unserem Land verbessern, die bisher gute Arbeit leisten. Das ist aber nicht ausreichend; davon sind wir als SPD-Landtagsfraktion überzeugt. Ansonsten hätten wir dieses Thema nicht ganz klar überschrieben mit "Politische Bildung stärken!". Wir sind hier gefordert, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Das heißt zum Beispiel – Kollege Freller hat es angesprochen –, die Ausstattung unserer Landeszentrale für politische Bildungsarbeit im Vergleich zu allen anderen Bundesländern zu sehen. Wir haben abgefragt: Was leisten die Landeszentralen für politische Bildung in den Bundesländern? Was leisten sie, welchen Auftrag haben sie? Da muss man differenzieren, weil es durchaus Unterschiede gibt. Was bekommen sie an Personalausstattung und an Mitteln? Wie verhält es sich mit weiteren Rahmenbedingungen, die wir möglicherweise verbessern müssen? Ich hoffe, wir kommen in dieser Debatte zu einem positiven Ergebnis. Wir werden als SPD-Fraktion entsprechende Anträge einreichen.

Die politische Bildung ist ein universaler Auftrag. Wir müssen sicherstellen, dass politische Bildung wirklich in ausreichendem Maße und in allen Bildungsgängen verankert ist: in der Allgemeinbildung, an den berufsbildenden Schulen, an Hochschulen, in der Jugend- und Erwachsenenbildung sowie der Aus- und Weiterbildung. Wir brauchen an Hochschulen politische Bildung für alle Studierenden und insbesondere für alle Lehramtsstudierenden. Hier muss mehr getan werden. Hier muss besser gefördert werden. Hier müssen wir ansetzen. Wir brauchen die für die politische Bildung institutionalisierte fachdidaktische Forschung an den Hochschulen. Auch das ist ein wichtiger Punkt. Wir nutzen die Kompetenz unserer Einrichtungen, die über Jahre und Jahrzehnte gute Arbeit geleistet haben, unseres Erachtens nicht genug. Diese Kompetenz gilt es zu nutzen, zum Beispiel zur Demokratieerziehung und Wertevermittlung auch im Hinblick auf Flüchtlinge, auf neue Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Wir brauchen eine bessere Ausstattung für unsere Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Wir brauchen eine auskömmliche finanzielle Unterstützung und eine gesicherte Finanzierungsgrundlage für all diejenigen, die in diesem Bereich tätig sind, für alle Träger. Dazu gehören auch die parteinahen politischen Stiftungen und ihre Träger in Bayern.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Werte Kollegin, beachten Sie die Uhr?

Susann Biedefeld (SPD): In diesem Sinn freue ich mich auf eine interessante Diskussion, nachdem wir unsere Anträge eingebracht haben, und sage herzlichen Dank. Ich hoffe, der Konsens des Hohen Hauses auf diesem Gebiet bleibt dann erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Prof. Waschler.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Vizepräsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Hinblick auf die Stärkung der politischen Bildung stimmen wir allen Aussagen, die dieses Ziel haben, mit nur einer Einschränkung zu. Es ist nicht die Aufgabe

eines Einzelnen. Rednerinnen und Redner der Fraktionen haben betont, dass es eine gemeinsame Aufgabe ist. Deswegen ist es wichtig, dass dieser Auftrag und die Rahmenbedingungen sehr genau beachtet werden. Auch das ist keine Frage. Auch hier stimmen wir zu. Aber ich stelle fest, dass eine Reduzierung auf Stundentafeln, ein Abhaken gemäß der Frage, was an Erlassen da ist und was wo an welchem Ort in den Lehrplänen steht, allein eben nicht genügt. Das würde dem Thema nicht gerecht. Das würde dessen Ernsthaftigkeit nicht gerecht und schon gar nicht der großen Aufgabe, die uns alle miteinander verbindet. Deswegen ist es wichtig zu betonen, wie Kollegin Eiling-Hütig und Kollege Freller gezeigt haben, dass es weit über den stundenplanmäßigen Unterricht hinaus fächerübergreifende Zusammenarbeit, Projekte, Maßnahmen und Seminare nicht nur im Bereich der Oberstufe, sondern auch weit früher gibt, die sehr segensreich in dem angestrebten Sinn wirken. In allen Phasen der Lehrerbildung gilt es, soweit es die Schulen betrifft, in dieser Richtung Akzente zu setzen. Das wird gemacht. Da ist der Rahmen vorhanden. Da geschieht sehr viel. Natürlich kann ich überall kritisieren. Es ist das Recht der Opposition zu sagen, da könnte noch ein Stück mehr laufen, da könnte noch ein Stück mehr sein. Das ist in Ordnung.

Aber ein Eindruck sollte überhaupt nicht entstehen: Wenn ein Thema in einer Aktuellen Stunde behandelt wird, dann ist es ganz besonders aktuell. Tatsächlich handelt es sich nämlich um ein Dauerthema von insgesamt großer Bedeutung. Das ist überhaupt keine Frage. Kollege Freller hat darauf hingewiesen, dass hier alle über den schulischen Rahmen hinaus gefordert sind. Das ist ein ganz entscheidender Akzent. Ich schließe mich ausdrücklich dem Dank an die politischen Stiftungen und alle Institutionen an, die einen Beitrag leisten. Hier gibt es eine Menge Angebote. Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, unsere Aufgabe, auch von uns hier im Parlament, ist es, für diese Angebote zu werben, damit sie in Anspruch genommen werden, und zwar auch außerhalb der Schule. Wenn wir selbst politisch tätig sind, leisten auch wir einen Beitrag, der in Richtung politische Bildung führt. Deswegen gibt es große Übereinstimmung auf vielen inhaltlichen Feldern. Aber gleichzeitig erfolgt ein ganz klarer Hinweis von unserer Seite, dass der finanzielle Aspekt erfüllt werden muss. Dabei ist aber

wichtig, dass daraus ein Nutzen entsteht. Auf der politischen Agenda steht – es ist kurz erwähnt worden – eine Diskussion, inwieweit sogenannte alternative Fakten als Begriff in eine Demokratie passen. Damit ist eine kleine Steilvorlage gegeben, die man vor Ort an den Schulen, aber auch darüber hinaus in den politischen Parteien und Gremien sehr gut und trefflich nutzen kann.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sagen, in der Werteerziehung und im Umgang miteinander verbindet uns vieles über die Fraktionsgrenzen hinweg. Ein verbindendes Glied ist auch das Jubiläum unserer Verfassung. Diese Aufgabe ist, wie gesagt, nicht nur eine Aufgabe der Schulen, sondern auch eine Aufgabe von uns bei unserer Arbeit vor Ort, in unserem Bekanntenkreis, in all den Institutionen, bei all den Terminen, die wir vor Ort haben. Hier kann man feststellen, dass es in Bayern – da weise ich das Schlechtrede vor allem vonseiten der Fraktion der GRÜNEN, die das wieder gemacht hat, mit Nachdruck zurück – nicht an den Ressourcen und nicht an den Möglichkeiten fehlt,

(Margarete Bause (GRÜNE): Sondern an Ihrer Einsicht!)

sondern dass es möglicherweise bei mancher Fraktion hier im Bayerischen Landtag am guten Willen fehlt zu sagen, dass der Rahmen passt. Eine Initiative auch außerhalb des schulischen Raumes stellt durchaus eine bessere Möglichkeit dar, als permanent das schlechtzureden, was an unseren Schulen in Bayern in guter und sehr guter Weise geschieht. Wir in Bayern brauchen keinen Vergleich in irgendeiner Weise zu scheuen. Da lohnt der Blick über den Tellerrand hinaus.

(Margarete Bause (GRÜNE): Adenauer-Stiftung! Bei der Adenauer-Stiftung landet Bayern auf dem letzten Platz!)

– Aber in der Zukunft, verehrte Kolleginnen und Kollegen, kann ich Ihnen nur raten, vor einem Zwischenruf mal zu schauen, was wir in Bayern Gutes tun und was in anderen Ländern weniger gut läuft. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Als nächster Redner hat Herr Staatssekretär Eisenreich um das Wort gebeten.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon erwähnt worden: Artikel 131 der Bayerischen Verfassung gibt uns die obersten Bildungsziele und die Grundsätze unserer Bildungsarbeit vor. Zwei dieser Grundsätze geben uns auf, die Schülerinnen und Schüler im Geiste der Demokratie und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen.

Politische und historische Bildung sind eine wichtige Grundlage, damit Menschen sich ein fundiertes Urteil über das politische und gesellschaftliche Geschehen bilden können. In dem Ziel sind wir uns einig: Unser Ziel ist der mündige Bürger, der Verantwortung für sich und die Gemeinschaft übernimmt. Er soll über politische Urteilskraft verfügen. Sein demokratisches Bewusstsein soll so gestärkt sein, dass er für Verführungen durch die Gegner unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht anfällig ist. Deswegen ist es gut, dass wir uns regelmäßig vergewissern, ob wir im Zusammenhang mit dieser wichtigen Aufgabe – es ist eine Daueraufgabe – genug tun.

Ich möchte jetzt darstellen, was wir an den Schulen, aber auch an anderen Institutionen in Bayern tun. Jeder soll sehen, dass wir uns für die politische Bildung stark engagieren und dass wir auch insoweit breit aufgestellt sind.

Wichtig ist die Feststellung, dass politische Bildung ein schularten- und fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel darstellt. Es ist in den bayerischen Lehrplänen verankert, im neuen LehrplanPLUS sogar noch stärker als zuvor.

Wir haben Leitfächer der politischen Bildung, etwa Sozialkunde. In diesem Zusammenhang sind natürlich weitere Fächer zu nennen wie Geschichte, Wirtschaft und Recht sowie Geographie.

Wichtig ist ferner die Feststellung, dass es auch in anderen Fächern viele fachliche Anknüpfungspunkte für das wichtige Ziel der Demokratieerziehung gibt. So kann im Englischunterricht auf die Präsidentenwahl in den USA eingegangen werden. Die Fächer Religion bzw. Ethik bieten Raum, sich mit ethischen Fragen auseinanderzusetzen. Im Deutschunterricht können aktuelle Artikel oder Debattenbeiträge als Themen herangezogen werden. Wir haben an den Gymnasien zusätzlich das W- und das P-Seminar. An all dem wird deutlich, dass die Schülerinnen und Schüler zahlreiche Gelegenheiten haben, das notwendige Wissen und die nötigen Kompetenzen zu erwerben, um sich – was wir alle wollen – zu mündigen Bürgern zu entwickeln.

Es gibt zahlreiche weitere Möglichkeiten, etwa im Rahmen von Projekttagen; ein Beispiel ist der EU-Projekttag. Kommunale und staatliche Institutionen können besucht werden. Der Landtag hält viele Angebote bereit. Der Pädagogische Dienst betreut Gruppen von Schülerinnen und Schülern. Der Besuch von Gedenkstätten und Erinnerungsorten ist ein wichtiger Teil der politischen Bildung. Ich nenne als weitere Beispiele die Planspiele zur politischen Bildung – das Planspiel "Der Landtag sind wir!" möchte ich hervorheben –, die Projekte wie "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage", die Diskussionen mit den Abgeordneten, mit uns, an den Schulen, zum Beispiel am Europatag. Ferner gibt es Kinderparlamente, das Europäische Jugendforum und den Europadialog. Der "Studentag Israel" ist eingeführt worden. Nicht vergessen möchte ich den Wettbewerb "Jugend debattiert" und den Landeswettbewerb "Erinnerungszeichen".

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, dass wir eine breite Palette an Angeboten haben, die vor Ort im Rahmen der Eigenverantwortung der Schulen genutzt werden können.

Wichtig ist auch – darauf ist schon hingewiesen worden –, dass die Schülerinnen und Schüler im Lebensraum Schule demokratische Prozesse erleben und einüben und dass sie das Schulleben mitgestalten können. Dazu haben wir – Sie wissen das – ein umfassendes Konzept zur Schülermitverantwortung entwickelt.

Aber nicht die Schule allein hat diese Aufgabe; die Daueraufgabe der politischen Bildung reicht über die Schule hinaus. Die bereits erwähnte Landeszentrale für politische Bildungsarbeit spielt insoweit eine sehr wichtige Rolle und unterbreitet viele Angebote.

Das Kultusministerium ist Partner im "Bayerischen Bündnis für Toleranz". Dort tragen wir gemeinsam mit anderen Einrichtungen und mit den Kirchen Verantwortung. Die beteiligten Ministerien haben den Zuschuss für dieses Bündnis übrigens gerade erhöht.

Die Erwachsenenbildung spielt eine ebenso wichtige Rolle wie die Hochschulen, die ebenfalls schon erwähnt worden sind.

Ich finde, dass wir gut aufgestellt sind. Aber ich habe bereits am Anfang meiner Ausführungen gesagt, dass wir uns immer wieder vergewissern müssen, ob wir genug tun oder ob weitere Maßnahmen notwendig sind. Ich möchte noch kurz darlegen, welche weiteren Maßnahmen wir geplant haben:

Wir werden zum nächsten Schuljahr die Abordnungen für die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz um ein Drittel steigern.

Wir werden zum nächsten Schuljahr ein neues Gesamtkonzept zur politischen Bildung veröffentlichen und auch verbindlich machen. Es soll inhaltlich und methodisch den gegenwärtigen Herausforderungen gerecht werden und den Gedanken der politischen Bildung als Querschnittsaufgabe stärken.

Wir werden auch ein Internetportal erstellen, auf dem wir Best-Practice-Beispiele aus ganz Bayern zur Verfügung stellen, damit die Lehrkräfte gute Anregungen haben.

Wir müssen über das wichtige Thema politische Bildung regelmäßig diskutieren. Dort, wo wir Handlungsbedarf sehen, müssen wir handeln. Wir sind für entsprechende Anregungen aus dem Hohen Haus sehr dankbar.

Ich möchte allen danken, die für die Demokratiearbeit vor Ort wichtig sind und die diese Arbeit auch vor Ort leisten. Dazu gehören die Lehrkräfte an unseren Schulen, aber auch die vielen anderen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen, die sich aktiv für politische Bildung einsetzen. Herzlichen Dank für diesen unschätzbaren und unbezahlbaren Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie!

Ich komme zum Abschluss. Demokratie, Freiheit, Sicherheit und Toleranz betrachten viele Menschen in Bayern und in ganz Deutschland als selbstverständlich. Sie sind es aber nicht. Wir müssen uns für diese Werte, für diese Prinzipien täglich einsetzen. Wir müssen dafür werben. Wir müssen Überzeugungsarbeit leisten. Wir müssen sie verteidigen. Und: Wir Demokraten müssen alle miteinander wehrhaft bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.